

Co-Präsidium SP AR
Silvan Graf und Martina Jucker
Postfach 18
9043 Trogen
praesidium@sp-ar.ch

Sekretariat SP AR
Stefanus Bertsch
9043 Trogen
sekretariat@sp-ar.ch
079 538 93 61



Sozialdemokratische Partei
Kanton Appenzell Ausserrhoden

Kanton Appenzell Ausserrhoden
Departement Gesundheit und Soziales
per Email an: gesundheit.soziales@ar.ch

Trogen, 15.05.2026

Allgemeine Stellungnahme zur Vernehmlassung über den Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR); Transformationsprojekt

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Balmer,
Geschätzter Yves
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Sozialdemokratische Partei von Appenzell Ausserrhoden nimmt gerne Stellung zum Transformationsprojekt SVAR.

Allgemeine Bemerkungen

Die SP AR verfolgt die gesundheitspolitischen Entwicklungen in der Schweiz mit grosser Sorge. Das zunehmend wettbewerbsorientierte Umfeld zwingt Spitäler dazu, ihre Leistungen nach Rentabilitäts Gesichtspunkten auszurichten. Dies geht zu Lasten jener Menschen, deren Behandlung aufwändig und wenig einträglich ist: ältere und chronisch kranke Personen, Menschen mit psychischen Erkrankungen oder mehrfachen Diagnosen sowie sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Zudem steht auch das Personal immer stärker unter Druck, da es den grössten Kostenpunkt im Gesundheitswesen darstellt. Eine grundlegende nationale Debatte über die Finanzierung von Pflege und Spitälern ist längst überfällig. Die SP AR fordert auf nationaler Ebene eine Abkehr von der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens und eine Stärkung des solidarisch finanzierten Service Public auch im Gesundheitsbereich.

Gleichzeitig ist der SP AR bewusst, dass der Kanton Appenzell Ausserrhoden nicht losgelöst von den gegebenen Rahmenbedingungen agieren kann. Die finanzielle Lage des SVAR ist ernst, und ein unverändertes Weiterführen der bisherigen Struktur stellt keine tragbare Option dar. Die SP AR anerkennt den Handlungsbedarf und begrüsst, dass mit dieser Vorlage rechtzeitig eine fundierte Diskussionsgrundlage vorgelegt wird.

Die Entflechtung von Akutspital Herisau und dem Psychiatrischen Zentrum AR (PZA) halten wir für sachlich begründet: Beide Institutionen haben unterschiedliche Leistungsaufträge, Finanzierungslogiken und strategische Entwicklungsbedarfe. Eine eigenständige Trägerschaft schafft klarere Verantwortlichkeiten und grössere Handlungsfähigkeit.

Eine Beteiligung privater Akteure schliessen wir nicht grundsätzlich aus, sofern die öffentliche Steuerung gewährleistet bleibt. Dies scheint bei den heutigen

Rahmenbedingungen und der finanziellen Lage des Kantons der einzig mögliche Weg zu sein, um unsere Gesundheitsversorgung längerfristig zu sichern.



Allerdings gilt: Private Investoren richten sich in erster Linie nach wirtschaftlichen Interessen. Was sich nicht rechnet, wird abgebaut oder eingestellt. Zu bedenken ist auch, dass eine verstärkte privatwirtschaftliche Ausrichtung im Spitalbereich AR Folgen für die gesamte Ostschweizer Spitallandschaft hat. Eine Konkurrenzsituation mit dem Kantonsspital St. Gallen (HOCH) schwächt ein Zentrumsangebot, das für viele Ausserrhoderinnen und Ausserrhoder bei schwerwiegenden Erkrankungen oder Notfällen unverzichtbar ist. Wünschenswert wäre daher eine verstärkte Koordination und Zusammenarbeit mit St.Gallen.

Kernforderungen der SP AR

Kantonale Mehrheit als Bedingung: Die Übertragung der Aktienmehrheit an private Träger lehnen wir ab. Die Aktienmehrheit muss beim Kanton verbleiben. Eine Umwandlung in eine (gemeinnützige) Aktiengesellschaft ist vorstellbar, sofern die Verantwortung für die Grundversorgung institutionell verankert bleibt. Griffige Kontroll- und Interventionsmöglichkeiten müssen im Gesetz abgesichert sein – sie dürfen nicht vom jeweiligen Eigentümer abhängen. Die SP AR ist sich bewusst, dass eine mehrheitliche Kantonsbeteiligung ihren Preis hat: Ein grösserer Anteil am Dotationskapital sowie an künftigen Investitionen würde zu Lasten des Kantonshaushalts gehen. Ob der Kanton bereit und in der Lage ist, diese finanzielle Verantwortung zu übernehmen, wird sich zeigen müssen

Politische Mitbestimmung bei Verkäufen: Die geplante Gesetzesrevision räumt dem Regierungsrat weitreichende Entscheidungsbefugnisse ein, ohne dass die Legislative eingebunden wird. Die SP AR fordert, dass der Kantonsrat abschliessend über Veräusserungen und Schliessungen von Unternehmen entscheidet, sofern die stationäre Grundversorgung betroffen sein könnte. Folgenreiche Entscheide über ein so zentrales Gut wie die Gesundheitsversorgung dürfen nicht allein auf Exekutivebene getroffen werden.

Schutz der Arbeitnehmenden: Der Übergang der rund 700 Beschäftigten vom öffentlichen ins private Arbeitsrecht muss sorgfältig gestaltet werden. Der Kanton trägt gegenüber diesen Mitarbeitenden eine besondere Verantwortung. Die SP AR fordert, dass ein umfassender Gesamtarbeitsvertrag ausgehandelt und verbindlich abgeschlossen wird, bevor die neue Rechtsform in Kraft tritt. Nur so können faire Arbeitsbedingungen und eine ernsthafte Mitarbeitendenbeteiligung dauerhaft sichergestellt werden.

Konkrete Rückmeldungen zu den einzelnen Gesetzesartikeln finden Sie im beigelegten Antwortformular.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.
Mit freundlichen Grüssen,
Co-Präsidium der SP AR

Silvan Graf

Martina Jucker

Beilage: Antwortformular

Antwortformular

Spitalverbundgesetz (Teilrevision Organisationsstruktur SVAR)

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (bGS Nummern)

Neu: –
Geändert: **812.11**
Aufgehoben: –

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
	I.	
	Der Erlass «Gesetz über den Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (Spitalverbundgesetz; SVARG; bGS 812.11) vom 19. September 2011 (Stand 1. Januar 2019)» wird wie folgt geändert:	
Gesetz über den Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (Spitalverbundgesetz; SVARG)		
vom 19. September 2011		
<i>Der Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden,</i>		
gestützt auf Art. 48 der Verfassung des Kantons Appenzell A.Rh. vom 30. April 1995 ¹⁾ ,		
<i>beschliesst:</i>		
I. Allgemeine Bestimmungen (I.)		

¹⁾ KV (bGS [111.1](#))

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>Art. 1 Rechtsform und Sitz</p> <p>¹ Der Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (Spitalverbund, SVAR) ist eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons mit Sitz in Herisau.</p> <p>² ...</p>		
<p>Art. 2 Aufgaben</p> <p>¹ Der SVAR trägt zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung bei. Er hat dabei stationäre Leistungen der Grundversorgung nach Massgabe der Vorgaben der Spitalplanung anzubieten.</p> <p>^{1bis} Der SVAR erbringt die ihm vom Kanton zusätzlich übertragenen Aufgaben, insbesondere gemeinwirtschaftliche Leistungen.</p> <p>² Soweit die Erfüllung dieser Aufgaben nicht beeinträchtigt wird, kann sich der SVAR im Gesundheitswesen unternehmerisch frei betätigen.</p>	<p>¹ Der SVAR und seine Unternehmen tragen zu einer bedarfsgerechten, wirtschaftlich tragbaren, vernetzten und qualitativ hochstehenden Gesundheitsversorgung der Bevölkerung bei.</p> <p>^{1bis} <i>Aufgehoben.</i></p> <p>² Der SVAR hält und beteiligt sich an Unternehmen, die medizinische oder damit zusammenhängende Leistungen erbringen. Die Unternehmen können sich in diesem Rahmen unternehmerisch frei betätigen und neben stationären Leistungen insbesondere auch ambulante Leistungen innerhalb und ausserhalb von Spitalinfrastrukturen anbieten.</p>	<p>Antrag: verdeutlichen das stationäre Leistungen nur im Rahmen der erteilten Leistungsaufträge erbracht werden dürfen.</p> <p>Antrag: medizinische Grundversorgung (zumindest ambulant) als zwingend zu erbringende Aufgabe der Unternehmen aufführen. Dies dient der Absicherung, dass eine solche Grundversorgung erbracht werden muss.</p>

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
	<p>³ Der SVAR verwaltet und bewirtschaftet die ihm übertragenen Grundstücke, Bauten und dinglichen Rechte im Interesse der Gesundheitsversorgung. Er stellt sie seinen Unternehmen oder Dritten gegen Entgelt zur Verfügung.</p> <p>⁴ Der SVAR kann seine Unternehmen ganz oder teilweise veräussern oder schliessen, sofern die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung gewährleistet bleibt.</p>	<p>Frage: Was passiert, wenn die AGs oder andere private Firmen, denen die Gebäude im Unterbaurecht übertragen wurden, neue Gebäude erstellen oder vorhandene sanieren und diese Gebäude im Rahmen eines vorzeitigen Heimfalls (ZGB Art. 779f und 779g) an den SVAR oder den Kanton zurückfallen? Wird dann eine auch nur teilweise Entschädigung der Gebäude fällig mit kantonaler finanzieller Haftung (SVAR als öffentlich-rechtliche Anstalt) bis Belastung (bei direktem Rückfall an den Kanton)? Und falls Ja, wie kann einem solchen Fall vorgebeugt werden, wenn insbesondere keine Einflussnahme z. B. auf überdimensionierte Bauprojekte durch eine durch den Kanton bzw. den SVAR gehalten Aktienmehrheit mehr möglich ist? Bzw. was passiert, wenn die private AG oder eine Firma, welche durch Kauf den operativen Betrieb übernommen hat, entgegen vertraglich Verpflichtung oder bei regulärer Kündigung eines solchen Vertrags keine Grundversorgung, sondern nur noch eine Spezialversorgung mehr anbieten will?</p> <p>Frage: Was sind die Kriterien, welche die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung ausmachen? Welche Distanzen bzw. Wegzeiten sind für welche Leistungen zumutbar damit die Gesundheitsversorgung als gewährleistet gilt? (Auch für Besuchende)</p>
<p>II. Organisation und Zuständigkeiten (II.)</p>		
<p>1. Abschnitt: Leitung des SVAR (1.)</p>		
<p>Art. 3 Organe</p> <p>¹ Organe des SVAR sind:</p>		

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>a) der Verwaltungsrat; b) die Geschäftsleitung; c) die Revisionsstelle.</p>	<p>b) die Geschäftsstelle;</p>	
<p>Art. 4 Verwaltungsrat a) Allgemeine Aufgaben</p> <p>¹ Der Verwaltungsrat ist das oberste Leitungsorgan des SVAR.</p> <p>² Er ist verantwortlich für die strategische Unternehmensführung. Er stellt die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des SVAR sicher.</p>		
<p>Art. 5 b) Zusammensetzung</p> <p>¹ Der Verwaltungsrat besteht aus fünf bis sieben Mitgliedern.</p> <p>² Der Regierungsrat delegiert ein Mitglied in den Verwaltungsrat.</p> <p>³ Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Wiederwahl ist möglich. Der Regierungsrat kann aus wichtigen Gründen ein Mitglied des Verwaltungsrates abberufen.</p>	<p>¹ Der Verwaltungsrat besteht aus drei bis fünf Mitgliedern.</p> <p>² Der Regierungsrat kann ein Mitglied in den Verwaltungsrat delegieren.</p>	<p>Antrag: Beibehaltung der ursprünglichen Formulierung. «Der Regierungsrat delegiert ein Mitglied in den Verwaltungsrat.» Diese Steuerungsmöglichkeit soll der Regierungsrat nicht aus der Hand geben.</p>

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>⁴ Die Direktorin oder der Direktor nimmt in der Regel an den Sitzungen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme teil und hat ein Antragsrecht. Der Verwaltungsrat kann weitere Mitglieder der Geschäftsleitung sowie Dritte zu seinen Beratungen beiziehen.</p>	<p>⁴ Die Geschäftsstellenleiterin oder der Geschäftsstellenleiter nimmt in der Regel an den Sitzungen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme teil und hat ein Antragsrecht. Der Verwaltungsrat kann weitere Mitglieder der Geschäftsstelle sowie Dritte zu seinen Beratungen beiziehen.</p>	
<p>Art. 6 c) Zuständigkeiten</p> <p>¹ Der Verwaltungsrat:</p> <p>a) regelt durch Statut die Organisation des SVAR, bestimmt die Zusammensetzung und die Kompetenzen der Geschäftsleitung und wählt die Geschäftsleitung;</p> <p>b) bestimmt die Grundsätze der Unternehmensführung und legt auf der Grundlage der gesetzlichen Aufgaben die Strategie des SVAR fest;</p> <p>c) vereinbart mit dem Kanton den Rahmenvertrag;</p> <p>d) ist zuständig für die Anstellung und Entlassung der obersten Kadermitarbeiterinnen und -mitarbeiter;</p> <p>e) beschliesst über den mehrjährigen Aufgaben- und Finanzplan unter jährlicher Kenntnissgabe an den Regierungsrat;</p> <p>f) verabschiedet zuhanden des Regierungsrates Anträge für den Voranschlag und besondere Kredite des Kantons sowie den Geschäftsbericht, die Jahresrechnung und den Revisionsbericht;</p>	<p>a) regelt durch Statut die Organisation des SVAR, bestimmt die Zusammensetzung und die Kompetenzen der Geschäftsstelle und wählt die Geschäftsstelle;</p> <p>b) bestimmt die Grundsätze der Unternehmensführung und legt die Immobilien- und Beteiligungsstrategie des SVAR fest;</p> <p>d) <i>Aufgehoben.</i></p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>g) erlässt ein Finanzreglement, das namentlich die Ausgabenkompetenzen, die Grundzüge des Rechnungswesens und das interne Controlling bestimmt;</p> <p>h) erlässt eine Tarifordnung für ambulante und zusätzliche stationäre Leistungen;</p> <p>i) regelt die Rahmenbedingungen für die Belegärzteschaft;</p> <p>j) beaufsichtigt die Geschäftsleitung;</p> <p>k) beurteilt das Konzept für Errichtung, Erneuerung und Unterhalt der Bauten und technischen Einrichtungen unter Kenntnissgabe an den Regierungsrat;</p> <p>l) gewährleistet die interne Kontrolle sowie das Qualitätsmanagement des SVAR;</p> <p>m) kann unter Berücksichtigung der gesetzlichen Aufgaben mit anderen kantonalen oder ausserkantonalen Institutionen des Gesundheitswesens und mit Versicherern Verträge zur Zusammenarbeit abschliessen;</p>	<p>h) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>i) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>j) beaufsichtigt die Geschäftsstelle;</p> <p>m) <i>Aufgehoben.</i></p>	<p>Antrag: Es soll in diesem Gesetz eine eigene gesetzliche Grundlage geschaffen werden, welche die Anforderungen an medizinische Behandlungen gemäss KVG (wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich) verdeutlicht. Insbesondere sollen keine medizinisch nicht indizierten Behandlungen durchgeführt werden. Damit hätte der Kanton eine direkte Handhabe, um einzuschreiten, wenn dies nicht eingehalten werden sollte.</p>

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>n) kann im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben einzelne Betriebsbereiche verselbständigen, an Dritte veräussern oder sich an anderen Unternehmen beteiligen. Vorbehalten bleibt die Genehmigung des Regierungsrates;</p> <p>o) genehmigt das Datenschutzkonzept und wählt eine Beauftragte oder einen Beauftragten für die Rechte der Patientinnen und Patienten sowie für den Datenschutz;</p> <p>p) stellt den Betrieb in ausserordentlichen Lagen sicher;</p> <p>q) behandelt weitere grundlegende Aufgaben des SVAR;</p> <p>r) ...</p> <p>s) erlässt ein Reglement für die Personalkommission;</p> <p>t) ernennt eine eigenständige Funktionsbewertungskommission und erlässt deren Reglement;</p> <p>u) informiert die Vertretung der Angestellten frühzeitig und umfassend über beabsichtigte Entscheide, hört sie an und gewährt ihr sowie den Personalverbänden das Recht, sich vernehmen zu lassen;</p> <p>v) legt in sinngemässer Anwendung des Personalgesetzes und unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Regierungsrat notwendige Sozialpläne fest.</p>	<p>n) beschliesst unter Vorbehalt der Genehmigung des Regierungsrates über die Gründung von Unternehmen sowie den Erwerb von Unternehmen und Beteiligungen;</p> <p>o) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>p) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>q) behandelt alle Geschäfte, soweit keine andere Zuständigkeit vorgesehen ist;</p> <p>s) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>t) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>u) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>v) <i>Aufgehoben.</i></p>	<p>Antrag: Dies und die Einhaltung von bundes- und kantonalrechtlichen Datenschutzvorgaben ist sinngemäss als Verpflichtung für die SVAR-Unternehmen und bei Verkauf auch für ehemalige SVAR-Unternehmen festzuhalten.</p> <p>Antrag: Dies soll sinngemäss für die SVAR-Unternehmen und bei Verkauf auch für ehemalige SVAR-Unternehmen verankert werden.</p> <p>Antrag: Dies soll sinngemäss für die SVAR-Unternehmen und bei Verkauf auch für ehemalige SVAR-Unternehmen verankert werden.</p> <p>Antrag: Sozialpläne sollen sinngemäss für die SVAR-Unternehmen und bei Verkauf auch für ehemalige SVAR-Unternehmen vorgeschrieben werden.</p>

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
	w) beschliesst unter Vorbehalt der Genehmigung des Regierungsrates über die Veräusserung von Unternehmen und Beteiligungen sowie über die Schliessung von Unternehmen.	
<p>Art. 7 Geschäftsleitung a) Aufgaben</p> <p>¹ Die Geschäftsleitung:</p> <p>a) nimmt die operative Unternehmensführung des SVAR wahr;</p> <p>b) gewährleistet das interne Controlling;</p> <p>c) behandelt alle für den Betrieb des SVAR massgeblichen Geschäfte, soweit diese nicht einem anderen Organ vorbehalten sind;</p> <p>d) organisiert sich durch Reglemente;</p> <p>e) ...</p> <p>f) erlässt ein Datenschutzkonzept;</p> <p>g) erlässt ein Konzept über das Qualitätsmanagement.</p>	<p>Art. 7 Geschäftsstelle a) Aufgaben</p> <p>¹ Die Geschäftsstelle:</p> <p>a) unterstützt den Verwaltungsrat bei der Vorbereitung und Umsetzung seiner Beschlüsse;</p> <p>b) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>c) führt die administrativen und organisatorischen Geschäfte des SVAR und erfüllt die ihr vom Verwaltungsrat übertragenen Aufgaben.</p> <p>d) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>f) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>g) <i>Aufgehoben.</i></p>	<p>Antrag: Dies soll sinngemäss für die SVAR-Unternehmen und bei Verkauf auch für ehemalige SVAR-Unternehmen verankert werden.</p> <p>Antrag: Dies soll sinngemäss für die SVAR-Unternehmen und bei Verkauf auch für ehemalige SVAR-Unternehmen verankert werden.</p>
<p>Art. 8 b) Zusammensetzung</p>		

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>¹ Die Direktorin oder der Direktor hat den Vorsitz der Geschäftsleitung. Sie oder er vertritt die Geschäftsleitung gegenüber dem Verwaltungsrat und den Behörden.</p> <p>² Die medizinischen Fachbereiche und der Fachbereich Pflege sowie die Verwaltung müssen in der Geschäftsleitung angemessen vertreten sein.</p>	<p>¹ Die Geschäftsstelle wird von einer Geschäftsstellenleiterin oder einem Geschäftsstellenleiter geführt.</p> <p>² Der Verwaltungsrat bestimmt die Besetzung der Geschäftsstelle nach den administrativen und organisatorischen Bedürfnissen des SVAR.</p>	
<p>Art. 9 Personalkommission</p> <p>¹ Die Personalkommission vertritt gemäss Art. 7 Abs. 4 des Personalgesetzes²⁾ die Anliegen und Interessen der Mitarbeitenden gegenüber Geschäftsleitung und Verwaltungsrat.</p> <p>² Sie besteht aus mindestens fünf Mitgliedern, die alle zwei Jahre durch die Mitarbeitenden des SVAR gewählt werden. Wiederwahl ist möglich.</p>	<p>Art. 9 Aufgehoben.</p>	<p>Antrag: Eine Verpflichtung für einen Anschluss an Gesamtarbeitsverträge soll für die SVAR-Unternehmen und bei Verkauf auch für ehemalige SVAR-Unternehmen verankert werden.</p>
<p>Art. 10 Revisionsstelle</p> <p>¹ Der Revisionsstelle obliegt die Rechnungsprüfung.</p> <p>² Sie erfüllt ihre Aufgaben nach den Grundsätzen des Finanzhaushaltsgesetzes³⁾ sowie den anerkannten Regeln der Revisionstätigkeit.</p>		

²⁾ PG (bGS [142.21](#))

³⁾ bGS [612.0](#)

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>³ Sie erstattet dem Verwaltungsrat die Prüfberichte. Zuhanden des Regierungsrates und der zuständigen kantonsrätlichen Kommissionen erstattet sie einen Bestätigungsbericht über die Prüfung der Jahresrechnung.</p>		
<p>2. Abschnitt: Aufsicht (2.)</p>		
<p>Art. 11 Kantonsrat</p> <p>¹ Der Kantonsrat:</p> <p>a) bewilligt im Rahmen des Voranschlags die jährlichen Betriebsbeiträge an den SVAR;</p> <p>b) beschliesst unter Vorbehalt der Rechte der Stimmberechtigten über Investitionsbeiträge an den SVAR;</p> <p>c) übt die Oberaufsicht über den SVAR aus;</p>	<p>a) bewilligt im Rahmen des Voranschlags allfällige Betriebsbeiträge an den SVAR oder an vom SVAR beherrschte Unternehmen;</p>	<p>Antrag: c) ergänzen "übt die Oberaufsicht über den SVAR und vom SVAR beherrschten Unternehmen aus."</p>

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>d) nimmt dabei von der Jahresrechnung und vom Geschäftsbericht Kenntnis.</p>		<p>Antrag: Der Kantonsrat entscheidet abschliessend über Veräusserungen und Schliessungen von Unternehmen, sofern die Gewährleistung der stationären Grundversorgung beeinträchtigt werden könnte.</p>
<p>Art. 12 Regierungsrat</p> <p>¹ Der Regierungsrat:</p> <p>a) wählt die Mitglieder des Verwaltungsrats und dessen Präsidentin oder Präsidenten und legt deren Entschädigung fest;</p> <p>b) wählt die Revisionsstelle;</p> <p>c) schliesst den Rahmenvertrag des Kantons mit dem SVAR ab;</p> <p>d) beschliesst im Rahmen der Spitalplanung über die vom SVAR zu erbringenden Leistungen der Grundversorgung;</p> <p>e) bestimmt im Rahmen von Leistungsvereinbarungen über die vom SVAR zu erbringenden gemeinwirtschaftlichen Leistungen und andere zusätzliche Aufgaben;</p> <p>f) genehmigt die vom Verwaltungsrat erlassenen Ausführungsvorschriften zum Personalgesetz und zur Besoldungsverordnung;</p> <p>^{fbis}) genehmigt auf Antrag des Verwaltungsrates notwendige Sozialpläne;</p>	<p>d) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>e) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>f) genehmigt die vom Verwaltungsrat erlassenen Ausführungsvorschriften zur Finanzierung der Geschäftsstelle;</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>g) genehmigt Beschlüsse des Verwaltungsrates über die Verselbständigung oder die Veräusserung einzelner Betriebsbereiche oder über die Beteiligung an oder die Übernahme von anderen Unternehmen;</p> <p>h) schliesst für den SVAR auf Antrag des Verwaltungsrates Vereinbarungen mit anderen Kantonen über die Übernahme und Abgeltung von Spitalleistungen ab;</p> <p>i) entscheidet auf Antrag des Verwaltungsrates über die Schliessung bestehender Betriebe, die der stationären medizinischen Versorgung dienen.</p> <p>² Er übt die Aufsicht des Kantons über den SVAR aus.</p>	<p>g) genehmigt Beschlüsse des Verwaltungsrates über die Gründung von Unternehmen und den Erwerb von Unternehmen und Beteiligungen;</p> <p>h) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>i) genehmigt Beschlüsse des Verwaltungsrates über die Veräusserung von Unternehmen und Beteiligungen sowie über die Schliessung von Unternehmen.</p>	<p>Soweit diese Beschlüsse die Gewährleistung der Grundversorgung betreffen (könnten), soll der Kantonsrat abschliessend entscheiden (s. Antrag o. zu Art 11)</p>
<p>Art. 13 Departement Gesundheit und Soziales</p> <p>¹ Das Departement Gesundheit und Soziales bereitet die Geschäfte vor, die aufgrund dieses Gesetzes in die Zuständigkeit des Regierungsrates fallen.</p> <p>² Im Übrigen richtet sich seine Aufsichtstätigkeit nach dem Gesundheitsgesetz⁴).</p> <p>³ ...</p>	<p>Art. 13 <i>Aufgehoben.</i></p>	
<p>III. Personal (III.)</p>		
<p>Art. 14 Massgebliches Personalrecht</p>		

⁴) bGS [811.1](#)

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>¹ Die Arbeitsverhältnisse im SVAR bestimmen sich nach dem Personalgesetz und der Besoldungsverordnung. Der Verwaltungsrat erlässt die Ausführungsbestimmungen dazu.</p> <p>² Für die Besoldung der Ärzteschaft, der Geschäftsleitung und spezialisierter Angestellter kann der Verwaltungsrat eine von der Besoldungsverordnung abweichende Entlohnung festlegen.</p> <p>³ Der Verwaltungsrat regelt die personalrechtlichen Zuständigkeiten und Aufgaben.</p>	<p>² Der Verwaltungsrat kann in sachlich begründeten Fällen eine von der Besoldungsverordnung abweichende Entlohnung festlegen.</p>	
<p>Art. 15 ...</p>		
<p>Art. 16 Berufliche Vorsorge</p> <p>¹ Die Angestellten des SVAR sind bei der Pensionskasse von Appenzell Ausserrhoden gemäss dem Pensionskassenrecht⁵⁾ versichert.</p>	<p>¹ Die Angestellten des SVAR sind bei der Pensionskasse AR⁶⁾ versichert.</p>	
<p>IV. Patientinnen und Patienten (IV.)</p>	<p><i>Aufgehoben.</i> (IV.)</p>	
<p>Art. 17 Rechtsverhältnis</p> <p>¹ Die Behandlungen von Patientinnen und Patienten durch Angestellte des SVAR unterstehen dem öffentlichen Recht.</p>	<p>Art. 17 Aufgehoben.</p>	
<p>V. Aufgaben- und Finanzplanung (V.)</p>		

⁵⁾ V über die Pensionskasse von Appenzell Ausserrhoden (bGS [142.213](#))

⁶⁾ Gesetz über die Pensionskasse AR (PKG; bGS [142.22](#))

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>Art. 18</p> <p>¹ Der SVAR erstellt eine mittelfristige, jährlich fortgeführte Aufgaben- und Finanzplanung. Diese gibt insbesondere Auskunft über:</p> <p>a) das Leistungsangebot in Medizin und Pflege;</p> <p>b) die Entwicklung von Standards und Qualität der Leistungen in Medizin und Pflege;</p> <p>c) die vorgesehene Aus- und Weiterbildung;</p> <p>d) die beabsichtigte Forschung;</p> <p>e) die Kooperation mit anderen Institutionen des Gesundheitswesens in und ausserhalb des Kantons;</p> <p>f) die vorgesehenen Investitionen;</p> <p>g) die Ressourcen, die Finanzierung und Angaben über die Entwicklung der finanziellen Lage.</p>	<p>¹ Der SVAR erstellt eine mittelfristige, jährlich fortgeführte Aufgaben- und Finanzplanung für sich und die von ihm beherrschten Unternehmen. Diese gibt insbesondere Auskunft über:</p> <p>a) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>b) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>c) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>d) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>e) <i>Aufgehoben.</i></p>	
<p>VI. Finanzen (VI.)</p>		
<p>Art. 19 Grundstücke, Bauten und Baurecht der Spitäler Heiden und Herisau</p>	<p>Art. 19 Grundstücke, Bauten und Baurecht des Akutspitals Herisau</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>¹ Der Kanton räumt dem SVAR auf allen Grundstücken der Spitäler Heiden und Herisau, soweit diese Grundstücke betriebsnotwendig sind, einschliesslich der mit diesen verbundenen selbständigen und dauernden Rechten, auf den Zeitpunkt der Verselbständigung des SVAR, ein Baurecht ein. Dieses ist selbständig und auf 60 Jahre befristet. Es kann von den Vertragsparteien verlängert werden.</p> <p>² Das Baurecht richtet sich nach den Grundsätzen der Art. 779–779I des ZGB⁷⁾.</p> <p>³ Der Kanton überträgt im Baurecht dem SVAR alle Bauten der Spitäler Heiden und Herisau, die im Zeitpunkt der Verselbständigung Bestandteil der Grundstücke nach Abs. 1 sind, in Form einer Sacheinlage zu bedingtem Eigentum. Ausgenommen sind die geschützten Operationsstellen der Spitäler Heiden und Herisau.</p> <p>⁴ Der Baurechtszins beachtet den Grundstückswert. Er wird mindestens alle zehn Jahre überprüft.</p>	<p>¹ Der Kanton räumt dem SVAR auf allen Grundstücken des Akutspitals Herisau, soweit diese Grundstücke betriebsnotwendig sind, einschliesslich der mit diesen verbundenen selbständigen und dauernden Rechten ein Baurecht ein; ausgenommen ist die geschützte Operationsstelle. Das Baurecht ist selbständig und auf 60 Jahre befristet. Es kann von den Vertragsparteien verlängert werden.</p> <p>³ <i>Aufgehoben.</i></p> <p>⁵ Die Vermietung von Bauten sowie die Einräumung eines Unterbaurechts an Dritte ist zulässig. Sie unterliegt der Genehmigung durch den Regierungsrat.</p>	<p>(siehe Vernehmlassungsantwort zu Art. 2 Abs. 3).</p>
<p>Art. 20 Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden</p>		

⁷⁾ SR 210

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>¹ Der Kanton vermietet die betriebsnotwendigen Grundstücke und Bauten des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden dem SVAR zu marktüblichen Bedingungen.</p> <p>² Der Regierungsrat kann das Psychiatrische Zentrum Appenzell Ausserrhoden im Baurecht übertragen. Art. 19 wird sinngemäss angewendet.</p>	<p>¹ Der Kanton räumt dem SVAR auf allen Grundstücken des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden, soweit diese Grundstücke für die Erbringung psychiatrischer Leistungen betriebsnotwendig sind, einschliesslich der mit diesen verbundenen selbständigen und dauernden Rechten ein Baurecht ein. Dieses ist selbständig und auf 60 Jahre befristet. Es kann von den Vertragsparteien verlängert werden.</p> <p>² <i>Aufgehoben.</i></p> <p>³ Das Baurecht richtet sich nach den Grundsätzen der Art. 779–779I des ZGB⁸⁾.</p> <p>⁴ Der Baurechtszins beachtet den Grundstückswert. Er wird mindestens alle zehn Jahre überprüft.</p> <p>⁵ Die Vermietung von Bauten sowie die Einräumung eines Unterbaurechts an Dritte ist zulässig. Sie unterliegt der Genehmigung durch den Regierungsrat.</p>	<p>(siehe Vernehmlassungsantwort zu Art. 2 Abs. 3).</p>
<p>Art. 21 Mobilien, medizinische und technische Einrichtungen</p>		

⁸⁾ SR 210

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>¹ Die Mobilien, einschliesslich der medizinischen und technischen Apparate, Anlagen und Einrichtungen, gehen mit der Selbständigkeit des SVAR als Sacheinlage in dessen Eigentum über. Der Wert der Mobilien wird unter Berücksichtigung der allgemein anerkannten Grundsätze der Rechnungslegung im Spitalwesen bestimmt.</p> <p>² Beschaffung, Unterhalt und Ersatz der Mobilien, einschliesslich der medizinischen und technischen Apparate, Anlagen und Einrichtungen sind Sache des SVAR.</p> <p>³ Die vorhandenen Kunstwerke im SVAR bleiben im Eigentum des Kantons; er kann dem SVAR Kunstwerke durch Leihvertrag zur Verfügung stellen.</p>	<p>¹ <i>Aufgehoben.</i></p> <p>² <i>Aufgehoben.</i></p>	
<p>Art. 22 Dotationskapital</p> <p>¹ Der SVAR erhält vom Kanton auf den Zeitpunkt der Verselbständigung ein Dotationskapital.</p> <p>² Dieses wird nicht verzinst.</p>		
<p>Art. 23 Fonds</p> <p>¹ Der SVAR erhält auf den Zeitpunkt der Verselbständigung die für die öffentlichen Spitäler und ähnlichen Institutionen von Appenzell Ausserrhoden errichteten Fonds und Stiftungen zu Eigentum und zweckgebundener Nutzung.</p>		
<p>Art. 24 Darlehen</p>		

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>¹ Der Regierungsrat kann dem SVAR Darlehen, auch in Form von Hypothekendarlehen, gewähren.</p> <p>² Darlehen und Hypothekendarlehen werden marktüblich verzinst.</p>	<p>¹ Der Regierungsrat kann dem SVAR oder der von ihm beherrschten Unternehmen Darlehen, auch in Form von Hypothekendarlehen, gewähren.</p>	<p>Antrag: Bedingungen für solche Darlehen, wie z. B. Sicherstellung der Grundversorgung, keine Angebote, welche zu Fehlversorgung führen können, usw. klar auszuführen und zu verankern.</p> <p>Frage: Was passiert bei einem vollständigen oder teilweisen Verkauf mit oder ohne noch verbleibende Minderheitsbeteiligung, sofern Teile der Versorgung dann unverzichtbar sein sollten. Dürfen dann gemäss Erläuterungen keine Darlehen gewährt werden oder ist dann der Kanton gar gezwungen finanziell die Versorgung zu erhalten (Gewährleistungspflicht)?</p>
<p>Art. 25 Einnahmen</p> <p>¹ Einnahmen des SVAR sind namentlich:</p> <p>a) Beiträge des Kantons an Betriebs-, Investitions- und Kapitalkosten;</p> <p>b) Vergütungen der Krankenversicherer und der weiteren Sozialversicherer;</p> <p>c) Leistungsentschädigungen;</p> <p>d) allfällige nach der Gesundheitsgesetzgebung geleistete Abgeltungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen;</p> <p>e) Vermögenserträge;</p> <p>f) Zuwendungen Dritter an den SVAR.</p>	<p>b) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>c) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>d) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>e) Vermögenserträge sowie Mietzins- oder Baurechtszinserträge;</p> <p>f) Zuwendungen Dritter an den SVAR;</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
	g) Erlöse aus der Veräusserung von Unternehmen und Beteiligungen.	
<p>Art. 26 Leistungsentschädigungen</p> <p>¹ Die Leistungen des SVAR werden nach Massgabe des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung⁹⁾ entschädigt.</p> <p>² Patientinnen und Patienten, die über die Grundversicherung hinausgehende Leistungen beanspruchen, entrichten besondere Leistungsentschädigungen. Ergänzend kann ein ärztliches Zusatzhonorar in Rechnung gestellt werden.</p> <p>³ Der Verwaltungsrat erlässt eine Tarifordnung.</p>	<p>Art. 26 Aufgehoben.</p>	
<p>Art. 27 Rechnungsführung</p> <p>¹ Der SVAR führt seine Rechnungen entsprechend den Vorgaben der Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung, den Grundsätzen des Finanzhaushaltsgesetzes¹⁰⁾, dem Finanzreglement und den im schweizerischen Spitalwesen üblichen Grundsätzen.</p>	<p>¹ Der SVAR führt seine Rechnungen entsprechend den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere nach den Grundsätzen des Finanzhaushaltsgesetzes¹¹⁾.</p>	
<p>VII. Haftung (VII.)</p>		
<p>Art. 28</p>		

⁹⁾ KVG (SR [832.10](#))

¹⁰⁾ bGS [612.0](#)

¹¹⁾ bGS [612.0](#)

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>¹ Für Schaden, den der SVAR, dessen Organe, Angestellte und Beauftragte verursachen, haftet der SVAR nach den Grundsätzen des Staatshaftungsrechts von Appenzell Ausserrhoden.</p> <p>² Der SVAR hat sich für seine Risiken angemessen zu versichern.</p>	<p>³ Die Unternehmen des SVAR haften selbständig nach dem auf sie anwendbaren Recht.</p>	
<p>VIII. Rahmenvertrag (VIII.)</p>		
<p>Art. 29</p> <p>¹ Der Regierungsrat regelt in einem Rahmenvertrag mit dem SVAR namentlich die Nutzung der Immobilien.</p> <p>² Der Rahmenvertrag legt insbesondere fest:</p> <p>a) die betriebsnotwendigen Grundstücke, Bauten und dinglichen Rechte und die nicht betriebsnotwendigen Bauten und Grundstücke;</p> <p>b) das dem SVAR durch den Kanton eingeräumte Baurecht an den Grundstücken nach Art. 19 Abs. 1 und Art. 20 Abs. 2;</p> <p>c) in den Grundsätzen die Folgen des Heimfalls des Baurechts;</p> <p>d) den Baurechtszins;</p> <p>e) die allfällige Verlängerung der Baurechtsdauer;</p>	<p>¹ Der Regierungsrat regelt mit dem SVAR in einem Rahmenvertrag die Vorgaben zur Gewährleistung der Gesundheitsversorgung und die Nutzung der Immobilien.</p> <p>b) das dem SVAR durch den Kanton eingeräumte Baurecht an den Grundstücken nach Art. 19 Abs. 1 und Art. 20 Abs. 1;</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>f) die Voraussetzungen der Belastung des Baurechts zugunsten Dritter;</p> <p>g) die Voraussetzungen der teilweisen Übertragbarkeit des Baurechts an Dritte;</p> <p>h) das dem SVAR einzuräumende Vorrecht für Miete oder Kauf der nicht betriebsnotwendigen Bauten;</p> <p>i) das dem SVAR einzuräumende Vorrecht für Kauf der nicht betriebsnotwendigen Grundstücke;</p> <p>j) die Übertragung der Mobilien an den SVAR;</p> <p>k) die Bedingungen der Miete für die betriebsnotwendigen Grundstücke und Bauten des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden;</p> <p>l) das bei gutem Geschäftsgang zu leistende Entgelt des SVAR an den Kanton zur Abgeltung des Dotationskapitals;</p> <p>m) die Höhe der zu versichernden Risiken.</p>	<p>h) das dem SVAR einzuräumende Vorrecht für Miete oder Kauf der betriebsnotwendigen und nicht betriebsnotwendigen Bauten;</p> <p>i) das dem SVAR einzuräumende Vorrecht für Kauf der betriebsnotwendigen und nicht betriebsnotwendigen Grundstücke;</p> <p>j) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>k) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>m) die Höhe der zu versichernden Risiken;</p> <p>n) welche Betriebe oder Betriebsteile der vom SVAR beherrschten Unternehmen für die kantonale Gesundheitsversorgung wesentlich sind.</p>	<p>Frage: Wie wird diese Wesentlichkeit definiert?</p>
<p>IX. Übergangs- und Schlussbestimmungen (IX.)</p>		
<p>Art. 30 Übernahme des Betriebs</p>		

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>¹ Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes übernimmt der SVAR den Betrieb des bisherigen SVAR.</p> <p>² Auf diesen Zeitpunkt:</p> <p>a) tritt der SVAR in die bisher den SVAR betreffenden Rechtsverhältnisse, insbesondere die Behandlungsverträge mit den Patientinnen und Patienten sowie die bisherigen Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein;</p> <p>b) gehen die Rechte und Pflichten des SVAR gegenüber Dritten sowie das Eigentum an den Betriebs-einrichtungen gemäss Vermögensinventar auf die selbständige Anstalt über;</p> <p>c) nimmt der SVAR alle bisherigen Rechte wahr und erfüllt alle bisherigen Verpflichtungen aus interkan-tonalen Vereinbarungen des Kantons mit anderen Kantonen über die Zusammenarbeit im Spitalbe-reich;</p> <p>d) vereinbaren der Regierungsrat und der Verwal-tungsrat des SVAR den Rahmenvertrag;</p> <p>e) stattet der Kanton den SVAR mit einem Dotations-kapital von Fr. 45'000'000.– und einem Darlehen von maximal Fr. 68'000'000.– aus.</p>		
<p>Art. 31 Spezialfinanzierung/Vorfinanzierung</p> <p>¹ Die Immobilien und Mobilien der Spitäler Heiden und Herisau sowie die Mobilien des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden werden auf den Zeitpunkt der Verselbständigung bewertet.</p>	<p>¹ <i>Aufgehoben.</i></p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>² Der daraus resultierende Aufwertungsgewinn gegenüber der Bilanz wird dem neuen Konto „Spezialfinanzierung/Vorfinanzierung“ zugeführt.</p> <p>³ Die Spezialfinanzierung/Vorfinanzierung dient der Ausrichtung von Investitionsbeiträgen und Kapitalkosten an den SVAR.</p>	<p>² <i>Aufgehoben.</i></p> <p>³ Die in der Staatsrechnung geäußerte Spezialfinanzierung/Vorfinanzierung SVAR dient als Reserve zugunsten des SVAR und der Ausstattung seiner Unternehmen. Über ihre Verwendung oder eine allfällige Auflösung entscheidet der Kantonsrat.</p>	
<p>Art. 32 Haftung für frühere Verbindlichkeiten</p> <p>¹ Der Kanton haftet nach der Verselbständigung des SVAR für Schulden, die aufgrund eines Sachverhaltes entstanden sind oder entstehen, der sich vor der Verselbständigung des Spitalverbundes ereignet hat und dessen Kostenfolgen nicht aufgrund der bisherigen Kosten- und Beitragsregelungen gedeckt gewesen sind.</p>		
<p>Art. 33 Änderung bisherigen Rechts</p> <p>¹ Das Gesundheitsgesetz vom 25. November 2007¹²⁾ wird wie folgt geändert:¹³⁾</p>		
<p>Art. 34 Referendum und Inkrafttreten</p> <p>¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.¹⁴⁾</p>		

¹²⁾ bGS [811.1](#)

¹³⁾ Die Änderungen wurden in den betreffenden Erlass eingefügt.

¹⁴⁾ Die Referendumsfrist ist am 22. November 2011 unbenutzt abgelaufen (RRB vom 13. Dezember 2011; Abl. 2011, S. 1451).

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
<p>² Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.¹⁵⁾</p>		
	<p>X. Übergangsbestimmungen der Teilrevision vom ... (X.)</p>	
	<p>Art. 35 Gründung der Akutspital Herisau AG</p> <p>¹ Das Akutspital Herisau wird in eine Aktiengesellschaft des Privatrechts überführt. Der SVAR ist ermächtigt, sämtliche für den Betrieb des Akutspitals Herisau benötigten Vermögenswerte als Sacheinlage gegen eine wertmässig gleiche Beteiligung in die neue Akutspital Herisau AG einzubringen. Die Bewertung erfolgt nach anerkannten Bewertungsgrundsätzen.</p> <p>² Die Durchführung der Gründung und Sacheinlage obliegt dem Verwaltungsrat des SVAR. Insbesondere wählt er den Präsidenten oder die Präsidentin und die übrigen Mitglieder des ersten Verwaltungsrates, bestimmt die erste Revisionsstelle und beschliesst die ersten Statuten. Dabei hat er sicherzustellen, dass die Gesellschaft einen gemeinnützigen Zweck verfolgt, solange sämtliche Aktien von der öffentlichen Hand gehalten werden.</p>	<p>Antrag: Der Kanton soll mehrheitlicher Aktieneigentümer bleiben. Dies soll gesetzlich verankert werden.</p> <p>Frage: Inwieweit wäre die Gemeinnützigkeit bei einer mehrheitlichen Aktieneigentümerschaft des Kantons sinnvoll?</p>

¹⁵⁾ 1. Januar 2012 (RRB vom 13. Dezember 2011; Abl. 2011, S. 1451).

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
	<p>³ Die auf die neue Aktiengesellschaft übergehenden öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse werden auf den Zeitpunkt der Übertragung in privatrechtliche Arbeitsverhältnisse umgewandelt. Für das gesamte im Zeitpunkt der Gründung der Akutspital Herisau AG beim SVAR angestellte und von der Übertragung betroffene Personal sehen die Statuten eine angemessene Übergangsregelung vor.</p> <p>⁴ Das Personal der Akutspital Herisau AG wird mit kündbarem Vertrag der Pensionskasse AR abgeschlossen.</p> <p>⁵ Der Ausgliederungsplan bedarf der Genehmigung des Regierungsrats.</p>	<p>Antrag: Der Anschluss an Gesamtarbeitsverträge soll im Gesetz festgeschrieben werden.</p>
	<p>Art. 36 Gründung der Psychiatrie Herisau AG</p> <p>¹ Das Psychiatrische Zentrum Appenzell Ausserrhoden wird in eine Aktiengesellschaft des Privatrechts überführt. Der SVAR ist ermächtigt, sämtliche für den Betrieb des Psychiatrischen Zentrums benötigten Vermögenswerte als Sacheinlage gegen eine wertmässig gleiche Beteiligung in die neue Psychiatrie Herisau AG einzubringen. Die Bewertung erfolgt nach anerkannten Bewertungsgrundsätzen.</p> <p>² Die Durchführung der Gründung und Sacheinlage obliegt dem Verwaltungsrat des SVAR. Insbesondere wählt er den Präsidenten oder die Präsidentin und die übrigen Mitglieder des ersten Verwaltungsrates, bestimmt die erste Revisionsstelle und beschliesst die ersten Statuten. Dabei hat er sicherzustellen, dass die Gesellschaft einen gemeinnützigen Zweck verfolgt, solange sämtliche Aktien von der öffentlichen Hand gehalten werden.</p>	<p>Antrag: Der Kanton soll mehrheitlicher Aktieneigentümer bleiben. Dies soll gesetzlich verankert werden.</p>

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
	<p>³ Die auf die neue Aktiengesellschaft übergehenden öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse werden auf den Zeitpunkt der Übertragung in privatrechtliche Arbeitsverhältnisse umgewandelt. Für das gesamte im Zeitpunkt der Gründung der Psychiatrie Herisau AG beim SVAR angestellte und von der Übertragung betroffene Personal sehen die Statuten eine angemessene Übergangsregelung vor.</p> <p>⁴ Das Personal der Psychiatrie Herisau AG wird mit kündbarem Vertrag der Pensionskasse AR abgeschlossen.</p> <p>⁵ Der Ausgliederungsplan bedarf der Genehmigung des Regierungsrats.</p>	<p>Antrag: Der Anschluss an Gesamtarbeitsverträge soll im Gesetz festgeschrieben werden.</p>
	<p>Art. 37 Weitergeltung des bisherigen Rechts</p> <p>¹ Bis zur Gründung der Akutspital Herisau AG und der Psychiatrie Herisau AG bleibt das Gesetz mit Stand vor dem Inkrafttreten der Teilrevision anwendbar.</p>	
	<p>Art. 38 Gesetz über eGovernment und Informatik¹⁶⁾</p> <p>¹ Die Unternehmen des SVAR unterstehen dem Geltungsbereich des Gesetzes über eGovernment und Informatik, solange sie vom SVAR beherrscht werden. Der Regierungsrat kann Ausnahmen bewilligen.</p>	
	<p>II.</p>	
	<p><i>Keine Fremdänderungen.</i></p>	

¹⁶⁾ eGovG (bGS [142.3](#))

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf Regierungsrat, 10. Februar 2026	Vernehmlassungsantworten
	III.	
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>	
	IV. Diese Änderung untersteht dem fakultativen Referendum. Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.	